Preis 20 Groschen

Neues Österreich

Redaktion, Verwaltung, Versand u. alleinige Anzeigenannahme: Wien, VII., Seidengasse 3—11 Telephon 8-39-5-40 Serie

Erscheint außer Montag täglich

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN EINIGUNG

Nummer 566 | Donnerstag, 27. Februar 1947 | 3. Jahrgang (Nr. 49)

Schulbeginn am 4. März

Der Stadtschulrat für Wien gibt bekannt: Dienstag, den 4. März, wird der Unterricht an allen dem Stadtschulrat für Wien unterstehenden öffentlichen und privaten Schulen wiederaufgenommen. Dort, wo für mindestens zwei Wochen Heizmaterial vorhanden ist, wird er in vollem Umfang gehalten, bei weniger Heizmaterial in der Weise, daß nur ein oder zwei Räume geheizt werden und die Klassen der Schule diese Räumlichkeiten abwechselnd benützen.

Dort, wo kein Heizmaterial vorhanden ist, wird der Aufgabenunterricht von jetzt an obligatorisch weitergeführt, doch haben die Schulleitungen dafür zu sorgen, daß die Schüler nicht länger in ungeheizten Räumen verweilen, als dies erträglich ist. Schwächliche und kränkliche Kinder sind zu entschuldigen.

Der Prozeß Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht

„Ich bekenne mich in keiner Weise schuldig"

Schmidt beruft sich darauf, daß er „den Nationalsozialismus kompromißlos abgelehnt" habe, und nennt sich einen „treuen Sohn seines Vaterlandes"

Im weiß-goldenen Sitzungssaal des Grauen Hauses wurde gestern um 6.30 Uhr der Hochverratsprozeß gegen den Außenminister im letzten Kabinett Schuschnigg, Dr. Guido Schmidt, eröffnet.

Die Verlesung der 42 Druckseiten langen Anklageschrift nahm mehr als eineinhalb Stunden in Anspruch. Sie beschuldigt Dr. Guido Schmidt, er habe

„in den Jahren 1936 bis 1938 in und außerhalb Österreichs als Staatssekretär, zuletzt auch als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, somit in führender Stellung, im Zusammenspiel mit maßgebenden Persönlichkeiten des Deutschen Reiches und der NSDAP ohne Wissen und unter Täuschung der österreichischen Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers Dr. Kurt Schuschnigg, zu Verfolgung gemeinschaftlicher politischer Ziele etwas unternommen, was die gewaltsame Änderung der Regierungsform in Österreich zugunsten der NSDAP und die Machtergreifung durch diese förderte".

Die Staatsanwaltschaft sieht darin das Verbrechen des Hochverrates am österreichischen Volk nach § 8 des KVG und bietet eine lange Reihe interessanter Zeugen auf, um diesen Hochverrat zu beweisen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Vizepräsident Dr. Mironovici, ob er sich schuldig bekenne, antwortete Guido Schmidt mit großer Sicherheit, „nein, in keiner Weise" und stellte anschließend fest, daß seine „linie Sittlichkeit ausschließe, was ihm von der Anklage zugemutet würde". Er sei immer ein „aufrechter Demokrat" gewesen, der seinem Vaterland in „nicht zu übertreffender Treue diente".

Wenn die besonderen Verhältnisse von 1938 „Mißverständnisse" aufkommen ließen und seine Person in ein „gewisses Zwielicht" rücken, könne man ihm daraus keinen Vorwurf machen. Er habe nichts als seine Pflicht getan.

Der Prozeß gegen Guido Schmidt ist auf einer sehr breiten Basis angelegt und wird die Rolle des Angeklagten im Rahmen der politischen Geschichte zwischen 1918 und 1938 aufzeigen.

Man nimmt an, daß das Verhör mit Schmidt Samstag abgeschlossen werden kann, am Montag die ersten Zeugen — darunter sehr viele prominente Politiker — zu hören.

Die „Anschlußbewegung" und der „Deutsche Klub"

Vom Vorsitzenden nach seinen Generalien befragt, gibt Guido Schmidt an, daß er Bundesbeamter i. P. sei. Er trägt einen gutsitzenden grauen Anzug, der sein schmales Gesicht noch blasser erscheinen läßt, und dazu eine braune Krawatte. Seinen Anteil am väterlichen Erbe schätzt er auf etwa 60.000 S und verfügt über „einige Ersparnisse".

Die Anklageschrift streift kurz die Jugend Schmidts, nennt ihn einen „Mann von außerordentlichen Fähigkeiten" und stellt ausdrücklich fest, daß er auch als Vorstandsmitglied der Hermann-Göring-Werke niemals Mitglied der NSDAP war. Sie schildert dann sehr eindrucksvoll die politische Situation Österreichs, spricht

von „deutschen reaktionären und imperialistischen Kräften", von einer „künstlich aufgeblähten Anschlußbewegung", der „Minderheit des Deutschen Klubs", der „staatsfeindlichen Haltung verschiedener Wirtschaftsführer" und ihrer „Vorarbeit für den Überfall auf Österreich".

Die „zahlenmäßig nur sehr kleinen Gruppen von Nationalsozialisten" — sagt die Anklageschrift — „vermochten trotz marktschreierischer Propaganda weder in der Arbeiterschaft noch unter den Bauern nennenswerten Anhang zu gewinnen. Viel gefährlicher für Österreich war der Umstand, daß ein guter Teil wichtiger wirtschaftlicher Positionen und staatlicher Schlüsselstellungen sich in der Hand von Männern befand, die ihren Haß gegen die österreichische Demokratie ebensowenig zu verbergen vermochten wie den Umstand, daß sie im Solde des deutschen Imperialismus standen." In diesem Zusammenhang werden die Namen Gleise-Horstenau, Seyß-Inquart, Bardolff, Fischböck, Apold und Schüller genannt.

Erpressungen, Spionage und Bestechungen

Als nach dem Mord an Engelbert Dollfuß eine Welle der Empörung durch die ganze gesitteten Welt ging, kam im Auftrage Hitlers Franz von Papen nach Wien, um (wie Hitler sich ihm gegenüber ausgedrückt hatte) „die österreichische Frage vor dem Zusammenbruch zu retten". Er wurde von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und seinem Außenminister Berger-Waldenegg unter der Totenmaske des ermordeten Kanzlers empfangen und hatte in Wien nur ein Ziel: den Bestand Österreichs zu untergraben.

„Wirtschaftspolitische Drohungen und Erpressungen, Spionage, Bestechungen und das Zusammenspiel mit den österreichischen Illegalen kennzeichneten jene staatsfeindliche Tätigkeit, die Papen unter der glatten Oberfläche normaler diplomatischer Aktivität entfaltete."

Für ihn stand sein Mann gegen Österreich, für unter der Maske des frommen, korrekten und katholischen Aristokraten nicht nur Schwage trieb, sondern auch Bestechungsgelder zahlte. Guido Schmidt wurde sein spezieller Freund, später sogar sein Du-Freund.

Ernst Starhemberg schlug diesem Papen am 23. Februar 1936 eine „Einheitsfront der Treuen des autoritären Regimes" und Papen „seinem Führer" am 12. Mai 1936 die weitere Finanzierung des österreichischen „Freiheitsbundes", im wesentlichen „mit Bezug auf die Weiterführung seines Kampfes gegen das Judentum" vor. Er hielt hierfür einen Betrag von 100.000 RM für erforderlich und berichtete Hitler, „daß unser Verhältnis zum „Freiheitsbund" bereits so intim sei, daß ich gefragt wurde, welche Persönlichkeiten bei einer Einführung von Ministern aus der nationalen Opposition in das Kabinett seitens der deutschen Regierung erwünscht würden".

Schließlich empfahl Papen Hitler sogar eine eventuelle Kandidatur Starhembergs als Bundespräsident oder Reichsverweser, da sie „ein glückliches Gegengewicht gegen die klerikalen Tendenzen des Kabinetts Schuschnigg bilden würden".

Seine Freundschaft mit Guido Schmidt wurde so auffällig, daß der amerikanische Gesandte in Wien, Messersmidt, deswegen seine persönlichen Beziehungen zu Schmidt abbrach.

Nach einer gründlichen Analyse der außenpolitischen Situation und einer anschaulichen Schilderung der „Verständigungspolitik" geht die Anklageschrift auf die Tätigkeit Dr. Guido Schmidts ein, „der über seine Stellung als diplomatischer Beamter hinaus eine Art inoffizielle Außenpolitik zu führen begann".

Er schwächte dadurch die Position Doktor Schuschniggs immer mehr, Berger-Waldenegg wurde nach Rom abgeschoben und Schmidt mit der Durchführung des sogenannten „Verständigungsabkommens vom 11. Juli 1936" betraut. Die Auswirkungen des Juliabkommens mußten ihm die Augen öffnen und ihn erkennen lassen, daß der Nationalsozialismus seine eigenen Schlagworte von der „Befriedung und Versöhnung" nicht einen Tag lang ernst nahm.

Das „Roßbach"-Protokoll

Hitler spielte vor den österreichischen Nationalsozialisten den um ihr Wohl besorgten „getreuen Ekkehard", obwohl seine auf die brutale Eroberung Österreichs gerichteten Pläne in dem sogenannten „Roßbach-Protokoll" klar zutage liegen.

Am 5. November 1937 fand in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, an der, wie die Anklageschrift erzählt, Hitler, Göring, die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile, Außenminister Neurath und Oberst Roßbach teilnahmen. Hitler kündigte damals in offenen Worten den kommenden Krieg an und erklärte wörtlich:

„Zur Verbesserung unserer militärisch-politischen Lage muß in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechoslowakei und Österreich gleichzeitig zu die Flankenbedrohung unserer rivalisierenden Vorgehen nach Westen zu erschüttern.

Natürlich ist eine Abrüstung im Westen während der Durchführung unserer Angriffe gegen die Tschechoslowakei und Österreich notwendig. Es ist zu berücksichtigen, daß durch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee von Jahr zu Jahr steigert ...

Die Einverleibung der Tschechoslowakei und Österreichs bringen den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5 bis 6 Millionen unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelangt."

Als Zeitpunkt für den Eintritt eines anglo-französischen Krieges mit Italien und damit als Zeitpunkt für den Überfall auf Österreich und die Tschechoslowakei stellte Hitler den Sommer 1938 in Aussicht.

Während Schuschnigg auch nach dem einstimmigen Urteil seiner politischen Feinde und Gegenspieler unverrückbar auf dem Boden der österreichischen Unabhängigkeit stand und der sogenannten „nationalen Opposition" schärfsten Widerstand leistete, ging Schmidt bewußt über alle Warnungen österreichischer Patrioten hinweg den sogenannten „deutschen Weg".

Der „deutsche Weg" in den Abgrund

Worin dieser „deutsche Weg" bestand, schildert die Anklageschrift unter Zitierung zahlreicher Zeugenaussagen, die ein überschwängliches Bild von der Tätigkeit Schmidts zur Förderung der nationalsozialistischen Ziele geben und ihn schließlich sogar wegen seiner weitgehenden Konzessionen auf wirtschaftspolitischem, kulturellem und militärischem Gebiet in einen Gegensatz zu Schuschnigg brachten.

Die österreichischen Gesandten im Ausland beklagten sich übereinstimmend darüber, daß sie von Schmidt nicht informiert würden. Österreich geriet dadurch in eine für seinen Bestand immer gefährlichen werdende Isolierung.

Anläßlich seines Besuches bei den Krönungsfeierlichkeiten in London widerriet Guido Schmidt, wie die Anklageschrift erzählt, einer neuerlichen Erklärung Frankreichs und Englands zugunsten der Integrität Österreichs, mit der Begründung, „daß der Staat gar nicht bedroht und seine Unabhängigkeit durch die römischen Protokolle wie durch das Juli-Abkommen mit dem Reich vollkommen gesichert sei".

(Fortsetzung auf Seite 3)

Der Vorsitzende im Volksgerichtsprozeß gegen Guido Schmidt, Vizepräsident Doktor Mironovici, vereidigt die Schöffen

Der deutsche Weg

In der Geschichte des Altertums wird der Name Ephialtes als der klassische Typus des Verräters festgehalten. In der Verzweiflungsschlacht des Griechentums bei den Thermopylen hat er den feindlichen Persern einen versteckten Pfadsteig gezeigt, auf dem sie dem griechischen Heer in den Rücken fallen konnten. Ephialtes war ein Grieche aus Malia. Guido Schmidt ist ein Österreicher aus Bludenz, und der heimliche Schleichweg, auf dem der Feind unser Land überwältigen konnte, wird „der deutsche Weg" genannt.

Ephialtes war vergleichsweise ein einfacher Verräter, denn er konnte wenigstens das eine nicht verheimlichen, daß er sein Vaterland durch tückische Niedertracht zugrundegerichtet hat. Die Verräter an Österreich aber reden sich heute noch darauf aus, daß sie nicht etwa auf krummen Pfaden gewandelt seien, sondern auf einer schnurgeraden, geduldsmäßig und verstandesmäßig gerechtfertigten Bahn, aber auf dem „deutschen Weg". Wer diesen Weg betrat, war natürlich immer von den besten und edelsten Impulsen getrieben. Hüben und drüben herrschte die gleiche ideale Bruderliebe, das gleiche erhabene Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, das gleiche legitime Streben nach wirtschaftlichem Zusammenwirken! Daß das alles nur Lug und Trug gewesen ist, ein Scheinbild des Erhabenen, hinter dem sich die tiefste Infamie verbarg — das natürlich haben die harmlos-österreichischen Nachfolger des griechischen Verräters damals noch nicht durchschaut, und manche von ihnen wollen es auch heute noch nicht durchschauen.

Der Prozeß gegen Guido Schmidt wird wenigstens die eine ersprießliche Wirkung haben, daß jetzt endlich der Schleier von einer der verbrechischsten Nazilegenden herunterzerissen und alle Welt erfahren wird, was dieser deutsche Weg in Wahrheit gewesen ist. Nach dieser Legende soll es in den Jahren vor 1938 im deutschen und im österreichischen Siedlungsgebiet folgendermaßen aus: von beiden Seiten der Grenze reckten sich Millionen Bruderhände im idealen Streben nach Zusammenschlüssen. Niemand dachte an persönlichen Vorteil, einmand an Macht und Reichtum, schon gar niemand an Krieg und Blutvergießen. Drüben aber, auf dem Obersalzberg, saß der Führer und blickte unflorten Auges hinüber in seine teure Heimat, die er aus reiner Liebe zu seinem Blut und seinem Boden heim ins Reich führen wollte, die der Garten Deutschlands werden und deren Hauptstadt eine Perlenfassung bekommen sollte. Ich bin euer getreuer Ekkehard, so rief es einer österreichischen Nazidelegation zu, euer getreuer Ekkehard, der euch sie verlassen wird!

Das war die Legende, der Gartenlaubenroman, die platte Täuschung für die Wortgläubigen. Die Wirklichkeit sah anders aus. Die Anklageschrift im Schmidt-Prozeß präsentiert uns den Wortlaut des sogenannten Roßbach-Protokolls, das ist die durch Oberst Roßbach festgehaltene Erklärung Hitlers, die er in einer militärischen Konferenz am 5. November 1937, also vier Monate vor dem Einfall in Österreich, abgegeben hat. In dieser Erklärung steht nichts von der teuren Heimat, nichts von Liebe und nichts von Perle. Da verlangt der Oberstkommandierende ganz einfach von seinen Generalen, daß sie sich für den kommenden Krieg eine Flankendeckung verschaffen, der Krieg geht gegen Westen, folglich gibt es zwei Flanken, eine im Norden, eine im Süden; die Nordflanke deckt das Meer, im Süden stehen Österreich und die Tschechoslowakei, folglich: weg mit ihnen! Außerdem sind diese Länder Rohstofflieferanten, und wenn man ein paar Millionen Einwohner ausmerzt, sogar Lebensmittellieferanten. Mit eisigkalter Berechnung werden strategische Notwendigkeiten zunächst auf der Landkarte demonstriert, um dann ein paar Monate später am lebendigen Fleisch der Völker exekutiert zu werden.

Das war der deutsche Weg. Das und nichts anderes. Adolf Hitler hatte für die Österreicher genau soviel Gefühl wie etwa für die Norweger, für die Jugoslawen oder für die Griechen, die er kurze Zeit später, gleichfalls als Flankendeckung und als Kriegslieferanten, in Knechtschaft geworfen hat. Die Menschen, gleichviel ob Deutsche oder Nichtdeutsche, waren für ihn bloß leblose Figuren auf seinem militärischen Schachbrett. Sogar die Austilgung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern und Gaskammern war militärisch motiviert, weil ja die Toten bekanntlich nichts mehr fressen und ihre Rationen für die Heeresverpflegung frei werden. Das alles war vorbedacht und vorbereitet, wie aus dem Roßbach-Protokoll unzweifelhaft hervorgeht, es war das persönliche Werk des Bubenvollen Führers mit den gütigen Augen, der